

23.05.2022

## **Tagesordnungspunkt in der Stadtratssitzung zur aktuellen Situation bezüglich des Nahwärmenetzes** [26-18a]

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

bei den Bürgerinnen und Bürgern besteht große Unsicherheit über die Zukunft des Nahwärmenetzes. Es sind dazu seit Monaten seitens der Verwaltung und des Bürgermeisters keine nennenswerten Informationen mehr an die Öffentlichkeit erfolgt. Es kursieren aufgrund der offensichtlich abgebrochenen Bautätigkeiten Gerüchte und die Verunsicherung wird immer größer, vor allem bei den Bürgerinnen und Bürgern, die sich dafür entschieden haben, an das Nahwärmenetz anzuschließen, aber auch bei allen, die ein Interesse an diesem Projekt haben, weil es im Kontext des Klimaschutzes, der Energiewende, der Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern und einer optimierten Wärmeversorgung städtischer Liegenschaften sinnvoll und zeitgemäß ist.

Wir stellen daher folgenden

**A n t r a g:**

Bei der nächsten Stadtratssitzung wird ein öffentlicher Tagesordnungspunkt zur aktuellen Situation des Nahwärmenetzes aufgenommen. Bürgermeister und Verwaltung werden aufgefordert, zu folgenden Fragen und Gesichtspunkten Stellung zu nehmen:

- Bisheriger Verlauf und aktuelle Situation des Projektes
- Welche Lösungsmöglichkeiten werden seitens Bürgermeister und Verwaltung gesehen, die ursprünglichen Projektziele – optimierte Wärmeversorgung der städtischen Liegenschaften und beispielhafter Klimaschutz in der Stadt – zu erreichen?
- Welche Perspektiven gibt es für eine Realisierung des Projektes und in welchem Zeithorizont?
- Falls die Perspektiven für die Realisierung negativ bewertet werden, wurden die Kosten des Weiterbaus und die Kosten des Abbruchs sauber ermittelt und mit welchem Ergebnis?
- Welche Perspektiven mit welchem Zeithorizont bestehen für die Bürgerinnen und Bürger, die sich – dankenswerter Weise – dafür entschieden haben, an das Nahwärmenetz anzuschließen, und die nun schon deutlich hinter dem Zeitplan auf ihre Wärmeversorgung warten?
- Wie würde ein Abbruch des Projektes in die aktuelle Zeit passen, in der aufgrund der drohenden Klimakatastrophe und des brutalen Kriegs in der Ukraine in ganz Deutschland große Anstrengungen unternommen werden, um von fossilen Energieträgern unabhängig zu werden?

Anschließend erfolgt eine Aussprache im Stadtratsgremium dazu.

B e g r ü n d u n g :

Die Begründung ergibt sich aus dem oben dargestellten Sachverhalt.

Auch wenn die Sitzungen des KUG-Verwaltungsrates nicht-öffentlich sind, hat die Öffentlichkeit einen Anspruch darauf, über sämtliche Vorgänge, die nicht der Geheimhaltungspflicht unterliegen, angemessen informiert zu werden, vor allem wenn es sich um die Zukunftsfähigkeit der Stadt handelt. Insbesondere sei auf die auf die Berichtspflichten nach Paragraph 21 Absatz 2 KUV (Verordnung über Kommunalunternehmen) verwiesen. Die in diesem Paragraphen genannten Voraussetzungen sind in diesem Fall insbesondere durch die Folgen für die Wärmeversorgung der städtischen Liegenschaften gegeben.

Matthias Striebich

Fraktionssprecher